



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 02. Dezember 2022 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

in dieser Woche hat die Ukraine den 90. Jahrestag des Holodomor begangen. In den Jahren 1932/1933 fielen Millionen von Ukrainern dem Hungertod zum Opfer – ausgelöst durch Entscheidungen der sowjetischen Führung unter Josef Stalin zur Bekämpfung politischer Gegner. Im Zuge dessen verhungerten schätzungsweise über 3 Millionen Menschen. Gezielter Hunger und Vertreibung waren die Instrumente Stalins zur Durchsetzung seines politischen Ziels: dem Ende der ukrainischen Nation.

Nach Einschätzung zahlreicher Historiker und Völkerrechtler erfüllt der Holodomor die materiellen Bedingungen für einen Völkermord nach Art. 4 der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes. In Anerkennung unserer besonderen politischen Verantwortung für eine nationale und globale Erinnerungskultur haben wir in dieser Woche in einem fraktionsübergreifenden Antrag aller demokratischen Kräfte im Deutschen Bundestag dieses große stalinistische Verbrechen verurteilt. Auch mit Blick auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist das Gedenken an den Holodomor ein wichtiges Zeichen der Solidarität mit der Ukraine.

Im Kontrast zum Konsens in dieser außen- und geschichtspolitisch wichtigen Angelegenheit stand der Dissens in innenpolitischen Fragen, diesmal besonders ersichtlich beim von der Ampel-Regierung geplanten Erbschaftssteuerrhöhung durch die Hintertür sowie der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts.

Eine Steuererhöhung durch die Hintertür ist in dem Jahressteuergesetz 2022 zu erblicken, wonach die steuerliche Bewertung von Immobilien und Grundstücken zum Jahreswechsel geändert wird, ohne jedoch die Freibeträge bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer anzupassen. Damit droht in vielen Fällen eine höhere Erbschaft- und Schenkungsteuer bei allen Immobilienarten: Wohnungen, Häuser und auch Grundstücken. Die Pläne haben in den vergangenen Tagen erhebliche Unruhe in der Bevölkerung und Anstürme auf Steuerberatungsbüros ausgelöst. Hierzu haben wir in dieser Woche einen Leitantrag eingebracht und verdeutlicht: Steuererhöhungen durch die Hintertür lehnen wir ab. Wir wollen stattdessen, dass das Elternhaus in der Familie weiterhin steuerfrei vererbt werden kann.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Nordkoreas Raketentests sind ein internationales Sicherheitsrisiko
- Nach jahrelanger rot-grüner Blockade: Ceta-Abkommen wird ratifiziert
- Internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen

Nordkorea als internationales Sicherheitsrisiko

Die andauernden nordkoreanischen Raketentests stellen eine neue, präzedenzlose Sicherheitsgefahr für die Weltgemeinschaft dar. Der jüngste Start der Hwasong-17 Rakete, die sogar die USA atomar bedrohen kann, sowie eine tiefgreifende Veränderung der Nukleardoktrin offenbaren die besorgniserregende Marschrichtung der Diktatur.

Standpunkt: Als Berichterstatter meiner Fraktion für die koreanische Halbinsel im Auswärtigen Ausschuss habe ich die Fragestunde zum Anlass genommen, um bei Staatsministerin Katja Keul über die Reaktion und Maßnahmen der Bundesregierung auf diese neuen Entwicklungen nachzufragen. In der Tat sind die Mittel der Sanktionen bereits sehr weit in Anspruch genommen; Nordkorea ist in der Staatengemeinschaft isoliert und die Völkerrechtswidrigkeit seines Verhaltens häufiger festgestellt. Aus meiner Sicht muss die chinesische Staats- und Regierungsführung sich nun stärker engagieren und seinen Einfluss auf NK zur Geltung bringen. •

Ceta-Abkommen kommt.

Nach jahrelanger Blockade durch SPD sowie den Grünen, die von der weiteren Verzögerung durch die FDP mitgetragen oder zumindest stillschweigend

hingenommen wurde, stand in dieser Woche die überfällige Ratifizierung des Ceta-Abkommens auf der Agenda. Das "Comprehensive Economic and Trade Agreement" ist das Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen Kanada und der EU.

Standpunkt: Nachdem die Ampel-Koalition unseren Gesetzentwurf 11 Mal vertagt und hinausgezögert hatte, wurde gestern das Ceta-Abkommen ratifiziert. Gut so! Gestern war ein guter Tag für den Freihandel zwischen demokratischen Verfassungsstaaten und Wirtschaftszonen. Aber das kann nur eine erste wichtige Etappe auf einem Pfad der volkswirtschaftlich dringend erforderlichen Diversifizierung sein. Jetzt müssen die Ratifizierung weiterer Abkommen, etwa mit Mercosur, Australien oder Chile entschieden vorangetrieben werden. •

Hoffnung auf Wandel im Iran.

Auch in dieser Woche blicke ich mit Sorge auf die Situation im Iran. Daher habe ich mich gerne mit Reza Rouchi, Vorsitzender der Deutsch-Iranischen Gesellschaft in Hessen und zwei Frauenrechtlerinnen getroffen, um mich mit ihnen über die dortigen Geschehnisse auszutauschen.

Viele Menschen in unserem Land – ob iranischstämmig oder nicht – zeigen in beeindruckender Weise ihre Solidarität

mit den Iranerinnen und Iranern, die unter einem beispiellos brutalen Regime zu leiden haben. Mutige Frauen wie Düzen Tekkal, Natalie Amiri, Gilda Sahebi und viele weitere geben denjenigen eine Stimme, die vonseiten ihrer eigenen Regierung zum Schweigen gebracht werden sollen.

Aber nicht nur solche exponierten Personen – auch ganz normale, bislang unpolitische Menschen, werden mitten in unserem Land von Vertretern des Mullah-Regimes bedroht. Hier stelle ich klar: Keine ausländische Regierung hat das Recht, Menschen, die hier in unserem Land leben, zu gefährden. Und noch viel mehr gilt es, alle sinnvollen Maßnahmen zu ergreifen, um die protestierenden Menschen im Iran zu unterstützen.

Denn eines ist klar: Für den Iran gibt es kein Zurück mehr. Die jahrzehntelange Einschüchterung des Regimes kommt nun nicht mehr gegen den Mut der Menschen an, die weiterhin zu Tausenden in allen Landesteilen auf die Straße gehen und ihre Rechte einfordern. Wir stehen dabei an ihrer Seite! •

Nachgehakt: Die mündliche Einzelfrage

Neben seinen gesetzgeberischen Kompetenzen übt der Deutsche Bundestag über seine Abgeordneten auch ein Kontrollrecht gegenüber der Regierung aus.

Dazu steht den Abgeordneten das Instrument des Fragerechts zu.

In dieser Woche habe ich – wie oben ausgeführt – eine mündliche Einzelfrage zum nordkoreanischen Rüstungsprogramm konkret an das Auswärtige Amt gerichtet. Diese Einzelfragen werden im Rahmen der Regierungsbefragung, die regelmäßig mittwochs im Anschluss an die Kabinettsitzung stattfindet, von den Bundesministern oder den sie vertretenden Staatssekretäre beantwortet. In meinem Fall übernahm Staatsministerin Katja Keul (Bündnis 90/GRÜNE) die Beantwortung für das Auswärtige Amt. Nach Beantwortung der eingereichten Frage sind noch bis zu zwei Nachfragen erlaubt. Mehrmals im Jahr stellt sich auch der Bundeskanzler den Fragen der Abgeordneten. •

Die gute Nachricht der Woche:

Arbeitslosigkeit in der Euro-Zone auf Tiefstand.

In Zeiten multipler Krisen und einer Aneinanderreihung beklemmender Nachrichten möchte ich künftig mit einer positiven Botschaft, die von vielen als unbemerkte Randnotiz in Tageszeitungen oder Nachrichten nicht registriert werden und dennoch als Mutmacher wichtig sind. Angefangen mit einer positiven Statistik: Im Oktober ging die Arbeitslosenquote um 0,1 Prozentpunkte auf 6,5 Prozent zurück. Niedriger war die Quote seit Einführung des Euro noch nie. •